

Wolfgang Jüttner

Das alte Lied von den Schmuttelkindern

Konservative Ausgrenzungsstrategien gegenüber der SPD

In Niedersachsen – aber nicht nur hier – reaktiviert die CDU alte politische Kampfbegriffe von der »bürgerlichen Mitte« und dem »sozialdemokratischen Bürgerschreck«. Den Anfang machte, wie immer moderat, Christian Wulff in einer Pressemitteilung im April 2008: »Wir Niedersachsen haben gezeigt, dass es auch trotz dreier linker Parteien im Parlament möglich ist, bürgerliche Mehrheiten zu erzielen.« Im Niedersächsischen Landtag sorgten seine Scharfmacher dann für die Zuspitzung.

Als ich in der Aussprache zur Regierungserklärung die Äußerung des Ministerpräsidenten aufgriff und ironisierend fragte, was denn demnach SPD, Grüne und Linke für Parteien seien und um welche Kategorie von Niedersachsen es sich bei den 71 Abgeordneten dieser drei Parteien handele, kam der Zwischenruf eines CDU-Abgeordneten: »Ganz klar nicht bürgerliche!« Dies zeigte deutlich, wie dort gedacht wird. Die Tumulte um die Rede brachte dann das Denkgebäude gänzlich zutage. Auf meine Rückfrage, ob die 71 Abgeordneten Nichtbürgerinnen und -bürger seien oder gar Schmuttelkinder, gab es den zweiten Zwischenruf eines CDU-Abgeordneten: »Sie haben sich doch den demokratischen Sozialismus ins Programm geschrieben.«

Die anschließende Rede des Fraktionsvorsitzenden zeigt, dass es sich hier nicht um eine Einzelmeinung handelte: »Übrigens, Herr Jüttner, ich habe mir das neue Grundsatzprogramm der SPD angeschaut. Das ist dieses Programm, in dem Sie sich zum demokratischen Sozialismus bekennen. – Sie sehen ja schon, von woher der Applaus kommt. Ich glaube, die SPD und die Linkspartei sind die einzigen beiden Parteien, die es in Europa gibt, die sich in ihrem Programm zum demokratischen Sozialismus bekennen. Wer noch? Sagen Sie es mir einmal! (...) Raul Castro? Genau, die Kubaner sind auch noch dabei.



Wolfgang Jüttner

(* 1948) ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und Mitglied im SPD-Parteivorstand und der SPD-Grundwertekommission.

wolfgang.juettner@lt.niedersachsen.de

Aber sehr viel mehr habe ich nicht gefunden.« In Äußerungen der CDU/FDP-Landesregierung der zurückliegenden Jahre lassen sich weitere Beispiele finden. So werden im Verfassungsschutzbericht 2007 des Landes Niedersachsen Begriffe wie »demokratischer Sozialismus« und »Wirtschaftsdemokratie« ohne Einschränkung und Relativierung als nur scheinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar bezeichnet. Auch die Aussage des niedersächsischen Innenministers bei der Beantwortung einer Kleinen Mündlichen Anfrage zum Verfassungsschutzbericht 2007 am 9. 5. 2008 schlägt in die gleiche Kerbe: »Die angestrebte Verstaatlichung von Schlüsselunternehmen der Wirtschaft und von Produktionsmitteln im Zusammenhang mit der Überwindung des Kapitalismus sowie die Bekenntnisse zu den Theorien von Karl Marx sind nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar.«

Gleichzeitig nutzen Vertreterinnen und Vertreter von CDU und FDP die Konfron-

tation von »Kollektivität« und »Individualität« zur Kennzeichnung von politischen Initiativen der Opposition. Besonders in der Schulpolitik – aber nicht nur dort – findet dieses Muster immer wieder Anwendung: Gesamtschulen stehen für »Gleichmacherei« und »Kollektivismus«, das dreigliedrige Schulsystem für »Freiheit« und »Individualität«. Dass von hier aus Gedankenbrücken zur Parole »Freiheit oder Sozialismus«, zur ehemaligen DDR oder gar zum Staatssozialismus stalinistischer Prägung führen, ist Absicht und kein Versehen.

Ausgrenzung linker Reformvorstellungen

Christoph Butterwege hat in einem Artikel im Januar 2010 diese Strategie beschrieben und auf die Parallelen zur »Totalitarismus-Debatte« der 50er und 60er Jahre und die damalige Stoßrichtung der Debatte hingewiesen: »Vor allem aber diente das Interpretationsmodell während der Ost-West-Konfrontation zugleich als innenpolitische Waffe gegen die demokratische Linke. Konservative unterstellten ihr, eine dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus wesensverwandte Herrschaft errichten zu wollen. »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau« – so ein gegen die (wahrlich alles andere als totalitäre) SPD gerichtetes Wahlplakat der CDU aus dem Jahr 1953.«

Auch heute geht es wieder um die Ausgrenzung linker Reformvorstellungen aus dem demokratischen Konsens und um den Versuch, den Alleinvertretungsanspruch der gesellschaftlichen Mitte allein für sich zu reklamieren. Es gilt das Motto: Auf der einen Seite die Bürger, und auf der anderen Seite die Schmutzfinken dieser Gesellschaft. Auf diesem Weg sollen Mehrheiten der Konservativen gesichert und die Sozialdemokratie von der Regierung ferngehalten werden. Jeder sozialdemo-

kratische Wahlsieg ist im Kern ein Betriebsunfall in der Demokratie, und Betriebsunfälle müssen schnell wieder beseitigt werden durch eine Regierungsübernahme der »bürgerlichen Mehrheit«.

Die SPD kann und darf diese Entwicklung nicht unwidersprochen hinnehmen. Es geht bei der Auseinandersetzung um die Verteidigung der eigenen Geschichte – aber auch um noch viel mehr.

Die Sozialdemokratie darf nicht zulassen, dass Ideen und Personen der eigenen Geschichte, die immer treibende Kräfte für gesellschaftlichen Fortschritt, für mehr Demokratie und mehr Freiheit waren und historisch das »bessere Deutschland« repräsentierten, diskreditiert werden. Das ist sie ihrem Stolz und ihrem Selbstverständnis schuldig.

Schließlich war der demokratische Sozialismus die bewusste Abgrenzung der Parteien der sozialistischen Internationale vom Staatssozialismus sowjetischer Prägung. Und die deutsche Sozialdemokratie hat sich hierzu mit ihrem Hamburger Programm noch einmal deutlich bekannt: »Das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.« – Hierzu gehört auch der Bezug zum Marxismus. Nicht ohne Grund nannten das Berliner und das Hamburger Grundsatzprogramm die marxistische Gesellschaftsanalyse in der Aufzählung der historischen Wurzeln der Sozialdemokratie.

Es geht bei der Auseinandersetzung aber vor allem auch um das Offenhalten von gesellschaftlichen Alternativen. Es muss in dieser Gesellschaft Freiräume geben für demokratisch-sozialistisches Den-

ken, ohne dieses gleich als verfassungswidrig diffamieren zu lassen. Das Grundgesetz trifft Festlegungen, die die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung gefordert hatte. Es lässt aber auch andere Fragen offen, so die Frage des Wirtschaftssystems. Hier muss das Denken und Fordern von Alternativen möglich sein und bleiben. Die Auseinandersetzung hierüber muss dann politisch geführt werden und nicht mit der Keule der Verfassungswidrigkeit. Nur so behält die SPD ihren politischen Handlungsspielraum – ihre Luft zum Atmen. Wenn wir diesen Kampf um die politische Kultur verlieren, landen wir und unsere Ziele wirklich ausgegrenzt am Rand der Gesellschaft.

Parteiliche Demokratie

Wie das konkret aussehen kann, zeigt die Haltung von Peter von Oertzen, der als Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover, als Vorsitzender des Landesausschusses und als Kultusminister über die Jahre die SPD in Niedersachsen prägte. Lesenswert ist noch heute sein Beitrag in der Auseinandersetzung um das Einreiseverbot des belgischen Trotzisten Ernest Mandel und die Frage der Verfassungswidrigkeit des Räteystems. Seine Einsatz für die Meinungsfreiheit und seine Ablehnung von Denk- und Einreiseverboten sowie seine Art der inhaltlichen Auseinandersetzung können hier als Vorbild dienen.

Und es geht bei der Auseinandersetzung um die Entwicklung unserer Demokratie. Die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe weist in ihrem Buch *Über das Politische* auf die Notwendigkeit von politischen Alternativen hin: »Demokratische Politik kann sich nicht auf die Schaffung von Kompromissen zwischen Interessen

oder Werten oder auf Überlegungen über das Gemeinwohl beschränken; sie muss einen realen Einfluss auf die Wünsche und Fantasien der Menschen nehmen. Um Leidenschaften für demokratische Entwürfe mobilisieren zu können, muss demokratische Politik einen parteilichen Charakter haben.« Diese Alternativen und die erforderliche Parteilichkeit werden nur erhalten durch eine offensive Arbeit der Zuspitzung und der Werbung für unsere Alternativen.

Bedrohte Demokratie

Letztlich geht es auch um die Frage, von woher unserer Demokratie die größte Gefahr droht. Das Bedrohungspotenzial durch Rechts- und Linksextremismus ist unstrittig. Aber die größten Gefährdungen für die Demokratie in Deutschland in den zurückliegenden Jahren gehen von wirtschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungen insbesondere im Bereich der Finanzmärkte aus. Das Versagen wirtschaftlicher und in Teilen auch politischer Eliten, das sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 gezeigt hat, hat die legitimatorischen Grundlagen der Demokratie angegriffen und diese dadurch wahrscheinlich stärker gefährdet als das Handeln der politischen Ränder in den vergangenen Jahren.

Hier liegen die Schwerpunkte und Aufgaben einer sozialdemokratischen Gegenstrategie. Und hier kann ein Rückblick auf die Ideengeschichte der politischen Linken nicht schaden. Dieser ersetzt nicht das Erarbeiten aktueller Instrumente für politisches Handeln. Aber das Rad neu zu erfinden, ist genau so wenig erforderlich, wie sich ein »Wegducken« vor der Ausgrenzungsstrategie scharf verbietet.